

Die "Freie Presse" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 RM, im voraus zahlbar. Für den Rest des Reichs und für die Auslandsendungen werden besondere Preise festgesetzt. Für den Rest des Reichs und für die Auslandsendungen werden besondere Preise festgesetzt. Für den Rest des Reichs und für die Auslandsendungen werden besondere Preise festgesetzt.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 1.- M. einschließlich Fernsprechkosten. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Fernsprechkosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Die Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wir wollen keinen neuen Krieg!

In seiner gestrigen Unterhausrede hat Lloyd George erklärt, daß auch Polen den Vertrag von Versailles zu revidieren habe, und daß die Alliierten die Pflicht hätten, Deutschland gegenüber über die Innehaltung des Vertrages zu wachen. Die eine Wendung des Premierministers, wonach es den Deutschen nicht verwehrt sein dürfte, sich gegenüber den Polen zur Wehr zu setzen, wird aber von einem Teil der Presse so ausgelegt, als ob Lloyd George die deutsche Regierung förmlich dazu aufgefordert habe, die Reichswehr nach Oberschlesien zu entsenden und damit einen neuen Krieg zu entfesseln. Selbst das "Berliner Tageblatt", das seinen Bedarf bald aus der pazifistischen, bald aus der kriegstreiberischen Küche deckt, glaubt die Rede Lloyd Georges an dieser Stelle als eine Aufforderung zum Kriegsbeginn auslegen zu können. Allerdings rät das Blatt der deutschen Regierung, sich vorher "die nötigen Bürgschaften" zu sichern. Denn wenn die deutschen Truppen ohne weiteres in Oberschlesien einmarschieren würden, so böte sich der französischen Regierung die Gelegenheit, das Ruhrgebiet mit ihrer noch marschbereiten "Heldenschar" zu erobern.

Wir wollen dazu mit aller Bestimmtheit erklären, daß das deutsche Volk weder mit noch ohne "Bürgschaften" einen neuen Krieg wünscht. Der Friedensvertrag legt den Alliierten die Verpflichtungen auf, für die Ordnung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet zu sorgen. Solange die endgültige Entscheidung über das zukünftige Schicksal Oberschlesiens nicht gefallen ist, haben weder deutsche Reichswehrtruppen, noch verkleidete militärische Organisationen in Oberschlesien etwas zu suchen. Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien ist ein Organ der Entente; wenn diese den Ausbruch der polnischen Unruhen nicht hindern konnte, so hat jetzt die Entente die volle Verpflichtung, alle Maßnahmen zur Wiederherstellung des vertraglichen gesicherten Zustandes zu treffen. Daran ist festzuhalten, jeder Gedanke an Entfesselung eines neuen Krieges ist von vornherein und mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Aber gerade die Rede von Lloyd George zeigt ja, daß es auch ohne einen neuen Krieg gelingen muß, im oberschlesischen Abstimmungsgebiet wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, ohne daß die deutschen Rechte dabei verletzt zu werden brauchen. Wir haben schon nach der Bekanntgabe der alliierten Note an Polen gesagt, daß deren energischer Ton als eine Auswirkung der Annahme des Ultimatums durch Deutschland anzusehen sei. Auch die Rede von Lloyd George wäre nicht gehalten worden, wenn sich nicht eine Reichstagsmehrheit gefunden hätte, die in der entscheidenden Stunde das Notwendige und das Einzige Mögliche tat. Wenn die deutsche Regierung jetzt etwa der Kriegslüge interessierter Nationalisten nachgeben wollte, so würde sie auch mit "Bürgschaften" das in einer Reihe von Ententeändern sich jetzt anbahnende Verständnis für Deutschlands Lage wieder mutwillig zerstören.

Bei den französischen Nationalisten wird man dieses Verständnis vorläufig noch vergeblich suchen. Die französische Presse, soweit sie zur Rede von Lloyd George Stellung nimmt, befindet sich in heftiger Erregung, und es wird damit gedroht, daß das englisch-französische Einvernehmen in die Brüche gehen könnte. Den französischen Kriegstreibern könnte nun nichts Angenehmeres widerfahren, als wenn die deutsche Regierung gegen Polen mobilisieren würde. Denn mag es auch in der letzten Zeit zwischen der englischen und der französischen Politik zu einigen Mißverständnissen gekommen sein, so ist nicht anzunehmen, daß gerade wegen der oberschlesischen Frage die Gegensätze zwischen dem englischen und dem französischen Imperialismus zum Ausbruch kommen würden. Man darf nie vergessen, daß Oberschlesien zwar für Deutschland eine ungeheuer wichtige Angelegenheit ist, für den Ententeimperialismus ist die oberschlesische Frage nur ein Stück des allgemeinen weltpolitischen Interessengebiets. Also auch von diesem Gesichtspunkt aus, wäre die Entfesselung eines neuen Krieges nicht nur ein Verbrechen am deutschen Volke, sondern noch dazu eine wahnwitzige Verleugung der gesamten außenpolitischen Situation.

Uns will es scheinen, als ob auch der neue Reichsanzler nicht das Augenmaß für das gehabt hat, was jetzt von uns zu tun ist, als er dem Berliner Korrespondenten des "New Yorker Herald" in einer Unterredung etwas über die Ansichten der deutschen Regierung gesagt hat. Dr. Wirth soll erklärt haben, daß die Zahlungen Deutschlands mit der Lösung der oberschlesischen Frage im engsten Zusammenhang ständen. Die Zahlungen seien nicht nur ein materielles, sondern auch ein psychologisches Problem. Wenn die deutsche Regierung die Unterstützung der Großindustrie erringen solle, um die Zahlungen durchzuführen, dann müsse zunächst eine Atmosphäre der Ruhe geschaffen werden.

Den. Der "New York Herald" fügt dieser Unterredung folgende Anmerkung hinzu: Als der Inhalt dieses Interviews gestern in Pariser politischen Kreisen bekannt wurde, erklärte man, daß dadurch wieder ein neuer Beweis dafür erbracht sei, daß Deutschland das Ultimatum nur angenommen habe, um Zeit zu gewinnen, und um die Sympathien der Neutralen und Alliierten zu erlangen, damit der größte Teil Oberschlesiens Deutschland zugesprochen werde. Aber die französische Regierung sei nicht gewillt, den deutschen Ansprüchen Rechnung zu tragen.

Wir halten es für unangebracht, daß der Reichsanzler jetzt durch Erklärungen von solcher Art die Zustimmung zum Ultimatum Mißverständnissen aussetzt. Nachdem von deutscher Seite so gut wie nichts geschehen ist, um zu einer Verständigung mit Polen über Oberschlesien zu kommen, sind wir jetzt gezwungen, den Spruch der Alliierten mit allen seinen Folgen abzuwarten.

Was Lloyd George noch sagte

Aus der Unterhausrede Lloyd Georges über Oberschlesien werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Er glaube, es sei richtig, ganz offen zu sprechen, denn wenn solche Dinge sich ereigneten, und man von ihnen nicht Notiz nehme, und sich mit ihnen nicht befasse, mit dem festen Gerechtigkeitsfuss, der die Haltung Englands bei jedem Vorgehen in auswärtigen Dingen kennzeichnet, so wäre das verhängnisvoll für den europäischen Frieden. Wenn der Frieden gestört werde, so vermöge er nicht voranzuschreiten, was mit Europa geschehen werde. Es sei daher im Interesse der Nation von größter Wichtigkeit, ohne Rücksicht auf Abneigung und Vorliebe, gleichgültig, ob man diesen Mann liebe oder einen anderen nicht liebe, anzuerkennen, daß Gerechtigkeit mit Zuneigung und Abneigung nichts zu tun habe. England müsse fest und ehrenhaft entscheiden, in Uebereinstimmung mit dem Vertrage, den es selbst unterzeichnet habe.

Der Friedensvertrag sei die Urkunde der Freiheit Polens, die auf ihm beruhe. Das letzte Land in Europa, das ein Recht habe, sich über den Friedensvertrag zu beschweren, sei Polen, denn Polen habe den Vertrag von Versailles nicht gewinnen helfen. Durch ein grausames Geschick sei Polen während des Krieges gespalten gewesen. Eine Hälfte seiner Ehre sei auf Seiten der Alliierten gewesen, die andere habe gegen sie gestanden. Die Freiheit Polens war Italien, England und Frankreich zu danken. Es gibt keinen Buchstaben des Vertrages, der nicht ein junges englisches Leben und nahezu zwei französische Leben bedeutete. Unter diesen Umständen müßte es vor allen Ländern jedes Komma des Vertrages achten. Jetzt, da Deutschland durch das Vorgehen der Alliierten entwaffnet und hilflos ist, sagt Polen, es wolle für Oberschlesien sogar gegen den Vertrag kämpfen. Korjantij sagt, die Polen in Schlesien wollten eher sterben, als sich ergeben. Wenn sie früher so gedacht hätten, als die Schlocht für Polens Freiheit gekämpft wurde, so wären weniger englische, französische und italienische Leben verloren gegangen. Aber die Polen kamen auf diese Anschauung erst, als Deutschland entwaffnet und hilflos war.

Lloyd George führte weiter aus, das Einzige, was er voraussetzen wage, sei, daß im Hinblick auf den Vertrag von Versailles Gewalt viel weniger und die Ehre und der Kredit Deutschlands und die Unterzeichnung seiner Verpflichtung weit mehr ins Gewicht fallen werde. Es sei ein Fehler in der Rechnung, wenn Deutschland sagen dürfte: Ihr verlannt unsere Ehre und unser Verpflichtung, was habt Ihr mit der Euren gemacht? Als es gegen uns ging um Wiederaufbau oder Abbrüstung da habt Ihr auf der Blokadrohung bestanden und habt andere Maßnahmen ergriffen, denn Ihr wolltet uns zwingen und den Vertrag von Versailles durchführen. Was habt Ihr getan, als Polen Euch in Oberschlesien herausforderte? Waret Ihr damals ebenso hartnäckig? Lloyd George erklärte feierlich, für England und die Alliierten handele es sich nicht bloß um eine Angelegenheit ihrer Ehre, obwohl das sicherlich nicht unterschätzt werden dürfe, es sei eine Angelegenheit ihrer Sicherheit und ihrer Ruhe, zu zeigen, daß sie am Vertrage festhielten, möge er für sie oder gegen sie sprechen. Mehr als er sagen könne, mißbilligte und fürchte er die Länderei, das Spielchen mit dem Vertrage, indem man sage, schließlich seien es ja die Deutschen.

Lloyd George erinnerte an die Regelung der litauischen Frage, bei der die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und England beteiligt waren. Wilna sei von regulären polnischen Truppen besetzt worden, was eine Herausforderung der Alliierten gewesen sei. Polen sei ersucht worden, die Truppen zurückzuziehen, habe jedoch die Verantwortung für die Belegung abgelehnt. Dasselbe habe sich jetzt ereignet, dieselbe Ablehnung der Verantwortung. Die Tatsache, daß Waffen von Polen hereingeführt wurden, daß Offiziere die Grenze überschritten, mache es sehr schwer, sich dem Gefühl zu verschließen, daß die Ablehnung der Verantwortung nicht anders als bloß im Wortsinne zu deuten sei. Als d'Annunzio in Herausforderung der italienischen Regierung Flume wegnahm, fühlte die italienische Nation, daß ihre Ehre im Spiele war, und d'Annunzio und seine Leute waren aus Flume hinaus. Die Italiener schritten sogar zu bewaffnetem Eingreifen, denn sie fühlten, daß die Ehre einer großen Nation in die Angelegenheit verwickelt war. Er halte Polen dieses schöne Beispiel vor. Das höchste Interesse der Alliierten gehe dahin, den Vertrag von Versailles innewahalten. Gegenwärtig hätten sie die Uebermacht auf ihrer Seite, und Deutschland habe sich unterworfen. Die Zukunft sei dunkel und ungewiß.

Unzufriedenheit mit Lloyd George

Heftige Angriffe der französischen Presse

CC. Paris, 14. Mai.

Die französische Presse greift Lloyd George wegen seiner gestrigen Rede im Unterhaus in den schärfsten Worten an. So erklärt der "Petit Parisien": Man habe in diesem Blatte immer die englisch-französische Allianz betont und daher habe Lloyd George nicht das Recht, irgend welche Vorwürfe zu machen. Das Vorgehen Polens entspreche ja der rechtlichen Grundlage, aber auch die Haltung gegenüber Jeligowsky erkläre bis zu einem gewissen Grade, daß England Polen keinen Glauben schenken will. Lloyd George habe Recht gehabt, wenn er auf der kritischen Durchführung des Friedensvertrages bestohe. Er habe auch weiterhin zwei Behauptungen aufgestellt. Zunächst die, daß in Oberschlesien die deutsche Bevölkerung selbstbestimmend sei. Mit solchen Behauptungen betreibe man nur das Spiel Deutschlands. Noch erstaunlicher sei die Behauptung, daß man Deutschland gestatten könne, mit seinen Truppen die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen. Lloyd George hat offenbar die unglückselige Wirkung nicht ersehen, die ein solcher Rat an Deutschland in Frankreich zur Folge haben würde. Diese Rede sei aber offenbar nur der Ausfluß einer momentanen Laune. Aber in anderen Punkten können wir noch feststellen, welche indiscrete Haltung die englische Diplomatie seit der Unterzeichnung des Ultimatums eingenommen hat. So erklärt man, daß Lord d'Albion die deutsche Regierung wissen ließ, daß die Räumung von Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort bevorstehe. Dieses Vorgehen sei erfolgt, ohne daß Frankreich davon verständigt worden sei. Durch derartige Schritte werde aber das Zusammenarbeiten in höchstem Maße gefährdet. Im "Echo de Paris" führt Perizinez aus: Lloyd George habe eine glänzende Gelegenheit zu Schweigen vorübergehen lassen. Er wolle Frankreich vor ein diplomatisches Fait accompli stellen, aber Frankreich nimmt es nicht hin, daß man ihm die Hände binden wolle, und erwartet, daß seine Wortführer mit lauter Stimme erklären werden, daß es nicht dulden werde, daß irgendein Teil des oberschlesischen Industriegebietes seinem polnischen Alliierten entzogen werde. Der Friedensvertrag werde nur insoweit erfüllt werden, als die Ruhe und Oberschlesien im Bereiche Frankreichs und Polens verbleibe. Die Schuld Frankreichs sei auf der Londoner Konferenz auf die gefährlichste Probe gestellt worden. Man habe Frankreich zeitweilig seines unentbehrlichsten Pfandes beraubt, und nunmehr zögere man nicht, vor Frankreich das Bild eines Deutschlands zu entwerfen, das seine Revanche in Oppeln und Kattowitz vorbereite. Wenn die Alliierten in Oberschlesien Ordnung schaffen wollten, benötigten sie mindestens 80 000 Mann. Es müsse gesagt werden, ob Lloyd George über diese verfügen könne. Was nun Frankreich anlange, so sei es in der Lage, selbst die Deutschen in Ordnung zu halten.

Stimmen der englischen Presse

London, 14. Mai. (W. T. S.)

Die Rede Lloyd Georges über Oberschlesien im Unterhaus nennt "Daily Express" ehrlich und staatsmännlich. Die Polen hätten sich der größten Undankbarkeit gegen die Alliierten schuldig gemacht und ein Verbrechen gegen den Weltfrieden begangen, für das sie zur Rechenschaft gezogen werden müßten. Polen müsse ein für allemal darüber belehrt werden, daß es als Unruhehörer in Europa keine Zukunft habe. "Daily Chronicle" schreibt, die Lage in Oberschlesien sei für die Alliierten erniedrigend, und auch besorgniserregend. Die Alliierten seien jedoch selbst nicht frei von Schuld, der Hauptgrund sei, daß sie bisher nicht in der Lage gewesen seien, bezüglich der oberschlesischen Grenze sich untereinander zu einigen. Das Blatt tritt dafür ein, daß London und Paris so schnell wie möglich zusammenkommen und untereinander eine endgültige Formel ausarbeiten. "Daily News" schreibt, es beständen maßgebende Beweise für die vorläufige Weigerung der französischen Streitkräfte in Oberschlesien, der Aufstandsbewegung entgegenzutreten, in einem Augenblick, wo das noch hätte geschehen können. In einem Pariser Blatt stehe sogar, daß die französische Regierung beschlossen habe, den Industriebezirk Oberschlesiens Polen zugewiesen, und sagt: Wenn die anderen Alliierten diesen "Befehl" nicht annehmen, würde Irland und seine Kollegen an der nächsten Sitzung des Obersten Rates nicht teilnehmen. "Daily News" fügt hinzu, es bestehe Grund, sich lieber eines Kommentars zu enthalten, als die Lage ausführlich zu erörtern. "Morning Post" greift in einem Leitartikel Lloyd George heftig an, indem sie ihm Deutschfeindlichkeit und Abneigung gegen Polen vorwirft.

Oberschlesien im Vorkriegserrate

CC. Paris, 14. Mai.

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung des Vorkriegserrates teilt das "Echo de Paris" folgende Einzelheiten mit: Es wurde zwar über die verschiedenen Erörterungen das Geheimnis gewahrt, aber die Tatsache, daß Marshall Foch und General Wengand anwesend waren, wies darauf hin, daß man sich mit

Oberschlesien beschäftigt, und zwar mit der dortigen militärischen Lage. General Le Rond erklärte vor einigen Tagen, daß man 60 000 Mann brauchen würde, um den Ausbruch sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite in Oberschlesien zu unterdrücken. Daher sei es das Beste, wenn die Interalliierte Kommission in Oberschlesien wiederhergestellt. Was die Grenzfestsetzung betrifft, so sei bereits gewiß, daß der Oberste Rat sie vornehmen werde. Ursprünglich wollte man dies der Vorkonferenz überlassen. Nach der gestrigen Rede Lloyd Georges ist das jedoch nicht mehr möglich. Man hat allen Grund zu der Annahme, daß die Regierungsdirektoren Englands, Frankreichs und Italiens zu einem einheitlichen Entschluß kommen dürften. Es sei aber zu wünschen, daß der Oberste Rat sich nicht bald mit der ober-schlesischen Frage beschäftige, denn man habe gesehen, welche Gefühle Lloyd George hat und welchen unerwünschten Beschluß die französische Regierung faßt.

Italien und Polen

Rom, 13. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.)

Sofort nach seiner Rückkehr aus London empfing Graf Sforza den polnischen Gesandten, der erneut sein tiefes Bedauern darüber ausdrückte, daß während des ober-schlesischen Aufstandes 19 italienische Soldaten getötet wurden. Graf Sforza wies ihn auf die Notwendigkeit hin, jede Möglichkeit für neue Zusammenstöße zu verhindern. Seitdem hätten die Italiener keine neuen Verluste gehabt, aber die militärischen Unternehmungen gingen weiter, und trotz der besten Absichten könnten sie doch zu neuen Verlusten führen. Die italienischen Truppen befänden sich kraft eines internationalen Mandates in Oberschlesien. Im Interesse herzlicher Beziehungen zwischen Italien und Polen telegraphierte Graf Sforza der italienischen Gesandtschaft in Warschau, sie solle der polnischen Regierung fest und energisch zu verstehen geben, welcher Art die Gefühle der italienischen Regierung und der öffentlichen Meinung Italiens seien. Italienisches Blut dürfe auf keinen Fall wieder vergossen werden. Ueber die Zahlung von Entschädigungen an die Opfer bestche kein Zweifel, sie müsse sobald wie möglich erfolgen.

Die Verluste der Alliierten

Paris, 13. Mai.

Nach einer Havasmeldung aus Oppeln haben die alliierten Streitkräfte in Oberschlesien folgende Verluste zu verzeichnen: Franzosen 2 Tote, 7 Verwundete, Italiener 20 Tote, darunter ein Offizier, und 40 Verwundete, darunter 2 Offiziere. Ferner wurde ein englischer Polizeibeamter getötet.

Die unzumutbare Bindung

Die Angst vor dem guten Willen der Unabhängigen

Wir wiesen schon gestern auf die charakteristische Tatsache hin, daß sich der Referent in der Berliner Funktionärskonferenz der S. P. D., der Reichstagsabgeordnete Hildenbrand in einem Gegensatz zu der über-großen Mehrheit der Versammlung setzte, indem er den Zusatzantrag über die Nichtaufnahme der Deutschen Volkspartei in die Koalitionsregierung als „unzumutbar“ verwarf. Aus dem ausführlichen Versammlungsbericht, den der „Vorwärts“ nachträglich veröffentlicht, geht nun noch weiter hervor, aus welchen Gründen Hildenbrand den Zusatzantrag bekämpfte. Er erklärte, daß er über das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei anderer Auffassung sei als offenbar die Mehrheit der Versammlung. Er rede einem solchen Zusammengehen nicht das Wort, aber der Zusatzantrag erscheine ihm als eine „unzumutbare Bindung“. „Ich wünsche gewiß nicht“, fuhr er fort, „eine Koalition mit der Volkspartei, gegenwärtig sind wir aber in der Regierung auf den guten Willen der außenstehenden Unabhängigen angewiesen. Das kann jedenfalls auch nicht unser Ziel sein.“

Wenn Worte einen Sinn haben sollen, so bedeuten die Äußerungen des Abgeordneten Hildenbrand, trotz aller diplomatischen Verhüllungen, daß er die Anwesenheit der Vertreter der Deutschen Volkspartei in der Regierung als ein kleineres Übel betrachtet würde, als die Abhängigkeit der gegenwärtigen Regierung von dem „guten Willen der außenstehenden Unabhängigen“. Er würde also lieber das Zusammengehen mit der Sinnespartei in den Kauf nehmen, um eine feste Mehrheit zu erlangen, als

durch eine den Interessen der Arbeiterschaft und dem Sozialismus entsprechende Politik, die Unterstützung unserer Partei zu gewinnen.

Werden vielleicht aus diesem Grunde die wichtigsten Posten in der neuen Koalitionsregierung unbelegt gelassen?

Hoover über Deutschlands Zahlungsfähigkeit

Wtd. Tel. Washington, 14. Mai. (Zuspruch.)

Handelsminister Hoover erklärte, Deutschland sei imstande, jeden Pfennig seiner Reparationspflicht zu bezahlen. Wenn die Zolltarife der anderen Länder den deutschen Waren die Auslandsmärkte nicht verschlossen, könne Deutschland seine Ausfuhr so weit steigern, um die Jahresraten abzutragen. Deutschland müsse aber auch seinen Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen, aufs strengste die Einfuhr aller Luxusartikel beschränken und die inländische Industrie von der Herstellung nicht notwendiger Artikel abhalten. Auch müsse das deutsche Heer demobilisiert und alle Männer einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden.

Keine Einwohnerwehren in Württemberg

Der württembergische Landtag begann am Freitag mit der Einzelberatung des Etats für 1921. Finanzminister Viesch teilte mit, daß nach Annahme des Ultimatus die für die Einwohnerwehr eingelegten 1 1/2 Millionen Mark im Etat in Wegfall kämen. Er wies darauf hin, daß zur Deckung des Defizits, das 30 Millionen Mark beträgt, keine Reserven zur Verfügung ständen. Ohne Hilfe des Reiches sei keine Möglichkeit, den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen.

Die ich rief, die Geister ...

In der „Roten Fahne“ erteilt Waldemar 10 Ratschläge für Versammlungsbesucher, von denen wir einige wiedergeben wollen:

1. Besuche prinzipiell keine Versammlungen, Dein abgestärkter Geist könnte durch neue Eindrücke nur Schaden leiden.
2. Läßt sich aber ein Versammlungsbesuch nicht vermeiden, dann komme möglichst spät und polemisiere scharf gegen den Referenten, den Du gar nicht gehört hast, oder gegen Abwesende.
3. Nimm niemals eine Funktion an. Das Kritische ist viel schöner. Wenn man Dich deshalb übergeht, dann klage über die elende Claqueurwirtschaft.
4. Es ist Deine Pflicht, Deine sämtlichen Genossen für unfähig und elende Stellenjäger zu halten. Du ganz allein bist nicht der Klügste, sondern auch der einzige Unbestechliche und Prinzipienfeste.
5. Deine praktische Mitarbeit hat im umgekehrten Verhältnis zu Deiner unermüdbaren Kritik zu stehen. Je mehr kritisiert und je weniger getan wird, um so eher wird die Bewegung vorwärtskommen.
6. Für Deine ungehemmte und schonungslose kritische „Mitarbeit“ gibt es nur eine Grenze der Mäßigung: Vermeide unter allen Umständen, daß man Dich in die unangenehme Lage bringt, praktisch zu zeigen, wie man es besser macht.

Nach den hier wiedergegebenen Rezepten haben die kommunistischen „Reinigen“ in unserer Partei gearbeitet, bis wir sie heute der Spaltung glücklich losgeronnen sind. Sie arbeiten auch heute in dieser Weise in den Gewerkschaften, um auch diese Organisationen in Stücke zu reißen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß sich auch innerhalb der S. P. D. derselbe Geist des gegenseitigen Herunterreichens, des unfruchtbaren Kritizierens und der patentierten Unfähigkeit breitmacht, der das Kennzeichen der gehaltenen kommunistischen Wunderärzte und Revolutionsstrategen ist. Die satirischen Ausfälle Waldemars gegen dieses Krebsübel sind ein Reizmittel, der die innere Zerfetzung in der kommunistischen Partei beleuchtet. „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“

Bolschewistenjucht in England. Im Unterhause erklärte Lloyd George, die englische Regierung beobachte sehr genau die bolschewistische Propaganda und sei bereit, eine sofortige Aktion zu unternehmen, wenn sie gerechtfertigt sei, gegen Personen, die die Saat der Revolution in England säen.

Ueberschreitung des Achtstundentages

Genosse Künstler hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

In der Bahnmesserei 44 (Karlsplatz) wurden im Jahre 1920 von 51 Arbeitern 6022 Ueberschunden geleistet. Ferner werden auf den Bahnhöfen Rummelsburg, Treptow, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schloßher Bahnhöfe und vielen anderen Dienststellen im Direktionsbezirk Berlin die von den Arbeitern geleistete siebente Schicht nicht durch Arbeitsruhe an einem der nächsten Tage ausgeglichen.

Dadurch wird die im § 3 des Lohnkardivvertrages für die Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung vom 11. März 1921 und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vorgesehene wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden regelmäßig überschritten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen Zustand angesichts der großen Arbeitslosigkeit zu beseitigen?

Die Zuchthausmaschine

Von den wegen des Kommunismus am 23. März auf der Vulkanwerk in Raumburg Angeklagten wurden sieben vom außerordentlichen Gericht freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zweieinhalb Jahren, der Hauptangeklagte Goldner zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das Sondergericht in Hagen verhandelte gegen eine Anzahl Personen, die bei den letzten kommunistischen Unruhen 200 000 M. aus der Reichsbank in Geseßberger geraubt hatten. Das Gericht verurteilte den einen Angeklagten zu vier Jahren Zuchthaus, einen weiteren zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren.

Der blutige 1. Mai in Warschau

In Warschau ist am 1. Mai Blut geflossen, Hunderte jüdische Arbeiter sind verwundet, Hunderte eingekerkert. Wie die in Berlin erscheinende „Jüdische Arbeiterstimme“ das Organ der „Poale Zion“, mitteilt, hat die jüdische Arbeiterschaft Warschaws am 1. Mai friedlich demonstriert und würdig und erst ihre Forderungen verkündet. Die Polizei hat die Versammlungen und Demonstrationen nicht verboten, die Redner nicht gehindert, offenbar um die wehrlose und friedliche Arbeiterschaft in einen Sinkerhalt zu locken, um sie dann um so blutiger schlagen zu können.

Zur selben Zeit, als die P. S. ruhig und ungestört ihre Maidemonstration abhielt, wurden die Versammlungen der jüdischen Arbeiterparteien, des „Bundes“, der „Poale Zion“ und der „Bereinigten“ mit blanker Waffe auseinandergejagt. So steht die „berühmte polnische Freiheit“ aus.

Die polnische Reaktion ist aber im Irrtum, wenn sie glaubt, mit Polizeidajonetten und Terror die jüdische Arbeiterbewegung zu vernichten. Was dem Jaren und seinen Helfern nicht gelungen ist, das wird auch der Regierung des „Bauern“ Mißos nicht gelingen.

Militär gegen Streikende in Amerika

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ haben die beiden Gouverneure von West Virginia und Kentucky einen dringenden Appell an die Washingtoner Regierung gerichtet, Truppen zu entsenden, da bei dem Streik auf den Kohlengruben von Mingo County große Unruhen ausgebrochen seien. Die Streikenden seien im Besitze von Maschinengewehren und Gewehren. Die bisherigen Kämpfe hätten bereits eine Anzahl Toter und Verwundeter gefordert.

Überall dort, wo der Kapitalismus herrscht, bietet sich das gleiche Bild. Wenn Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage zum letzten Mittel, zum Streik, greifen, so wird gleich die ganze Staatsgewalt gegen sie aufgeboten. Es ist anzunehmen, daß die Ursache zu den Zusammenstößen nicht bei den streikenden Arbeitern, sondern bei den Organen der Unternehmer zu suchen ist, die in den amerikanischen Minenbezirken besonders brutal auftreten.

Nachschuß in Frankreich. Einer der Kommunisten, die an den Pariser Kundgebungen gegen den Krieg am vorigen Sonntag teilgenommen haben, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Schule und Kunst

Von Adolf Behne

Am 4. und 5. Mai war in Lankwih die Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer, die dem Problem „Schule und Kunst“ vorbehandelt war. Mein Bericht muß sich auf die Referate des Himmelfahrtsbüros stützen, da ich den Vorträgen des ersten Tages (Franz Hilker, Oskar Wulff, Walter Kühn und Siegfried Kawerau) nicht beiwohnen konnte. Die Arbeit am Himmelfahrtsbüro war für alle Teilnehmer von größtem Wert und ging weit über das hinaus, was im allgemeinen bei Verbandstagungen an fruchtbarer Arbeit geleistet zu werden pflegt. Wir haben allen Grund, dem Leiter Paul Destréich für das reiche Material zu danken.

Mit einer ganz überraschenden Klarheit schieden sich zwei Grundansichtungen. Der Gegensatz wurde kaum je beherrschter, und war doch das Kennzeichen des Tages. In den Referaten zum Thema des Zeichenunterrichtes (auch Modellierens und Schreibens) trat er am wenigsten deutlich auf, wie diese Referate überhaupt die materielle waren. Nur Otto Möllers Beitrag ersetzte wirklich das Wesentliche. (Möller wird in der „Freiheit“ in Kurzem zu diesem Thema das Wort ergreifen. Die Red.) In den drei Musikreferaten, die einander ebenfalls ebenbürtig waren an Klarheit und Gefühl für Verantwortung (Heinrich Jacoby, Fritz Wde und Hilmar Hödner) trat der Gegensatz zuerst hervor, und in den gymnastischen Vorträgen der Schulen Dalcroze und Rhoden-Banggaard stellte er sich zum Schluß sichtbar und in vollster Konsequenz dar.

Das Ziel der Schulreform ist, wie mehrfach mit Recht gesagt wurde, die Entmilitarisierung der Schule, die Befreiung vom Drill, von der zwangsmäßigen Einprägung der Kinder in die Schablone. Dem Schulreformer ist das Kind der Ausgangspunkt aller Schularbeit. Man muß also das Kind erkennen. An Stelle der mechanischen Auswertung des Kindes zum Erwaschen-Schema muß eine Methode treten, die den Weg beim Kinde beginnen läßt.

Eine tiefere Einsicht lehrt, daß man, um mit Erfolg zu unterrichten, das Wesen, das unterrichtet werden soll, kennen muß, und „Erfolg“ bedeutet nicht mehr Eintreibung von möglichst vielen Kenntnissen in möglichst kurzer Zeit, sondern Heranbildung von Menschen, die jene Kenntnisse, die für erforderlich gehalten werden, erwerben ohne Beeinträchtigung ihrer Gesundheit, ihrer Frische und ihres Charakters. Dann sind auch die Kenntnisse selbst als Material zu überprüfen, wie weit sie wirklich notwendig sind.

Nun hat man aber vielfach aus dieser Aufgabe eine etwas sentimentale Angelegenheit gemacht, indem man die Schule, das

Lernen, den Lehrer zum bösen Prinzip machte, vor dem man ein Gotteswille die Seele des Kindes zu schützen habe! Der berechtigte Kampf gegen den Schulmilitarismus wurde hier zu einem sehr unklaren Kampf gegen den bösen Erwachsenen, der sich anmaßt, einem Kinde den Weg zu seinem eigenen schöpferischen Leben zu versperren.

Wird da nicht an Stelle des einen unmöglichen Systems, des Schulmilitarismus, ein ebenso unmögliches gesetzt: der Kult des Kindes? Dieser Kult des Kindes artet schließlich in das Tantenhafte aus. Er hat mit Liebe zum Kindhaften nichts mehr zu tun, sondern ist eine egoistische Entzückungs- und Beglückungsmanier geworden.

Der Kult des Kindes löst den Sinn jeder Schule, der guten wie der schlechten, auf. Logisch müßten die Anhänger dieser Anschauung das Kind auf das Katheder, sich selbst auf die Bänke setzen und jeder freundlichen Äußerung des Kindes ergreifen Beifall klatschen. Diese romantische Sentimentalität ist eine rein ästhetische Angelegenheit quietistischer Menschen, ist in unelbstliche Phrasenhaftigkeit ausgeartet und geht völlig an dem Grundproblem aller Erziehung, der Führung und Leitung und der Verantwortung vorbei.

Anschauungen dieser Art spuken bei manchen Pädagogen, denen die Anwendung von der alten, schlechten Methode zur Abkehr von Methode überhaupt wird. Sie isolieren mit ihrer Methodenlosigkeit — und werden bei allem guten Willen nichts anderes tun können, als zu dilettieren und die Kinder zum Dilettantismus zu verleiten. Das ständige Betonen des „Schöpferischen“, „Gestaltenden“ im zeichnenden Kinde, wie in Referate Erwin Hedemanns, ist schon bedenklich. Ich messe der Zeichnung des Kindes als einer Äußerung seines Lebens große Bedeutung zu und bin oft genug entzückt von dem künstlerischen Reize seiner Gebilde. Aber die Voraussetzungen dieser Tätigkeit sind zu wesentlichen Teilen andere als die Voraussetzungen des gestaltenden Künstlers, und gegen eine blinde Vermauschung ist Einspruch zu erheben. Man mache doch nicht aus dem Entzücken unserer Augen an der Kinderzeichnung eine seriöse Sentimentalität, indem man das Kind zum „Künstler“ macht, zum „Schöpfer“, zum „Gestalter“, der aus seinem „Erleben“ (Lieblingsspiel dieser Pädagogen) die „Ausdrucksform“ (auch das ein Hauptwort ihrer Theorien) bildet.

Wenn das Kind zeichnet, dann spielt es entweder oder es sucht Erkenntnis. Das Spielen ist sein gutes Recht, aber wir begehren eine schlimme Gedankenlosigkeit, wenn wir, weil das nämlich uns Spaß macht, auch seinen Erkenntnistrieb ins Spiel zurücklegen! Wir machen so das Kind zu einem Dilettanten und verraten es. Und ich fürchte sehr, daß das noch mehr der Erfolg der Lehrweise von Müller-Viehensberg sein wird, als der relativ harmlosen von Hedemann. Müller, dessen ursprüngliches Lehrtalent wir auch jetzt nicht verkennen, erzieht systematisch

keine Expressionisten (was er früher vermieden hat) und gibt eine Art „Sturm“-Schule für die Kleinen. Das Kind wird nicht gefördert, sondern gehemmt. Statt seiner Energie Ziele zu stecken, wird es auf sein „inneres Erleben“ von Erwachsenen, die darin irrtümlich den Sinn der Kunst sehen, zurückgeworfen.

Ernsthafter wurden die Probleme berührt in den Referaten zum Musikunterricht. Mit erfreulicher Deutlichkeit trennte Hilmar Hödner die musikalischen Sachwerte von den Schwerten, deren maßlose Ueberschätzung er zurückwies, und wenn Heinrich Jacoby den Musikunterricht nicht mit der Eintreibung eines papierernen Wissensstoffes beginnen will, sondern bei den Äußerungen eigener spontaner Musikalität des Kindes, so betonte gerade er mit Recht, daß es sich überhaupt nicht um Kunstangelegenheiten handle, sondern lediglich darum, alle Fähigkeiten des jugendlichen Menschen zu wecken. Keineswegs schließt die Aufgabe des Führens und Leitens das Unterrichten spontaner Äußerungen des Kindes aus, im Musikunterricht ebensowenig wie im Zeichenunterricht. Dieses Aufrufen zur spontanen Arbeit in einem Stoffe ist sogar allerwichtigste Voraussetzung für alle Weiterführung. Denn ohne die Aktivität des Kindes bleibt alles wieder Drill. Aber das Ziel ist nun nicht, aus der Aktivität des Kindes die kunstblottierende Improvisation zu züchten. In eine vollkommene Methodik des Unterrichts gehört die Anknüpfung an die spontane Aktivität des Kindes hinein, aber sobald die Methode der Uebermittlung der Sachwerte vor dem Kult des „Schöpferischen“ im Kinde abhandelt, verkehrt sich Wahrheit in Irrtum. Ist es nicht schon eine merkwürdige Anschauung, daß ein Lehrer dem Kinde nichts „Fremdes“ geben dürfe? Das Kind will ja das Fremde, das Neue, und was anderes ist der Sinn der Schule als der, dem Kinde das ihm noch Fremde mitzuteilen? Oder soll das sechs-jährige künstlich, zur ästhetischen Ergänzung der Großen, als „Kind“ konfekturiert werden?

Der Gegensatz: „Ausdrucks-Dilettantismus“ gegen „disziplinäre Sachlichkeit“ wurde ähnlich ersagbar, als auf die Vorträgen der Dalcrozeschule (Elisabeth Haple-Kemmer) gymnastische Übungen der Schule Rhoden-Banggaard (Gretel Fuhs) folgten. Der Dalcroze-Rhythmus ist letzten Endes auch nichts anderes als eine Sentimentalität, nämlich eine Verquickung von Körpergymnastik mit „Kunst“. Die Folge ist, daß er weder Gymnastik noch Kunst ist, sondern Dilettantismus. Der musikalische Rhythmus, der die körperliche Bewegung dirigiert, ist ein durchaus eigener Rhythmus, der, wie die Vorträgen ganz deutlich erkennen ließen, mit den gleichfalls eigenen Bewegungsrhythmen des menschlichen Körpers nicht zusammengeht. Es wird also ursächlich der Körpererhythmus von dem ihm fremden musikalischen Rhythmus abhängig gemacht. Der Körper will sich ganz aus

Patriotismus der Schwerindustrie

Schwere Anklagen gegen die Stinnesgruppe

In den Tagen vor der Annahme des Entente-Ultimatums war es in erster Linie die Presse der Schwerindustrie, die unter Berufung auf die deutsche Ehre und das nationale Interesse gegen die Annahme des Ultimatums Sturm lief und es lieber auf die Besetzung des Ruhrgebietes ankommen lassen wollte. Noch am 6. Mai hat der Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, der im Hotel Adlon seine Jahrestagung abhielt, an den Reichspräsidenten und die verschiedenen Minister ein Telegramm gerichtet, in dem er „mit aller Entschiedenheit“ dem Gerücht entgegen trat, daß die deutsche Industrie der Unterzeichnung des neuen Ultimatums der Entente nicht widerspreche. „Die deutschen Eisen- und Stahl-Industriellen“ — heißt es dann weiter — „insbesondere die rheinisch-westfälischen Industriellen wollen lieber alle mit der Besetzung des Ruhrgebietes drohenden Lasten und Opfer auf sich nehmen, als unerfüllbare Bedingungen auf sich nehmen, die früher oder später doch die Besetzung des Ruhrgebietes zur Folge haben würden.“

Der eigentliche Zweck und Sinn dieser Kundgebung der Schwerindustrie wird verständlich, wenn man die Anklage liest, die das Stuttgarter rechtssozialistische Blatt, die „Schwäbische Tagwacht“ gegen den Stinneskongress erhebt. Das Blatt schreibt in seiner getriggen Nummer:

„Aus zuverlässiger Quelle sind wir unterrichtet über den Plan, der von der Stinnesgruppe, die sich nach der Besetzung des Ruhrgebietes lehnte, aufgestellt war. Man rechnete in den ersten Wochen und Monaten nach der Ruhrbesetzung mit einer aus der enormen Preiserhöhung sich ergebenden nahezu völligen Unterbindung der Kohlenzufuhr ins unbefestete Deutschland. Während dieser Zeit sollte die Kohlenförderung unter dem Schutze der französischen Truppen im Hochbetrieb fortgesetzt, die Halben sollten bis zum Brechen vollständig gefüllt werden. Wenn so ein gewaltiger Vorrat angelammelt war, sollte die Lohnherabsetzung und Schichtverlängerung dekretiert und mit Hilfe einer Auspörrung unter dem Schutze des Generals Koch durchgesetzt werden. Nachdem der Bergarbeiterstreik das Rückgrat gebrochen war, hoffte man, mit der übrigen Arbeiterschaft leichtes Spiel zu haben. Die enge Verbindung der Bergherren von der Ruhr mit den Bergherren Lothringens hätte weiterhin dafür gesorgt, daß das Ruhrgebiet auf alle Zeit für Deutschland verloren gewesen war.“

Das war der Plan der „arbeiterfreundlichen“ Patrioten. Sie werden ihn ablehnen. Das ändert nichts daran, daß er entworfen war und die Basis zur Ablehnung des Ultimatums seitens der Schwerindustrie bildete. Verfluchen wollte sie die deutsche Arbeiterschaft mit Hilfe der französischen Soldaten, verfluchen wollte sie Deutschland.

Der Plan ist vorläufig vereitelt. Daß er nicht wieder hervorgeholt werden kann, dafür ist jetzt zu sorgen.“

Das also waren die „Lasten und Opfer“, die die Schwerindustrie auf sich nehmen wollte: Der Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet sollte durch die Ablehnung des Ultimatums provoziert werden, um dann, gestützt auf die französischen Bajonette, der Arbeiterbewegung das Rückgrat brechen zu können. Es ist keineswegs das erste Mal, daß die „patriotischen“ Schwerindustriellen derartige Pläne verfolgen. Schon während der Friedensverhandlungen zeigte es sich, daß sehr einflußreiche Kreise der rheinisch-westfälischen Industrie den Einmarsch der Franzosen herbeisehnten, um mit fremder Waffenhilfe die revolutionäre Bewegung niederzuknüppeln. Und während der Konferenz von Spa im Juni 1920, in der sich Herr Hugo Stinnes unter dem Beifall der ganzen deutschen Presse einschließlich der rechtssozialistischen zum Führer Deutschlands aufwarf, zeigte es sich, daß dieser Führer der deutschen Schwerindustrie auf einen Bruch mit der Entente hinarbeitete, dessen Konsequenz schon damals die Besetzung des Ruhrgebietes gewesen wäre.

Die „Schwäbische Tagwacht“ bemerkt mit Recht, daß die Stinnesgruppe den hier mitgeteilten Plan ablehnen werde. Wie wenig Ueberzeugungskraft aber ein solcher Ablehnungsversuch besitzt, geht aus der Tatsache hervor, daß die Stinnesgruppe nur das tut, was andere einflußreiche Unternehmer bereits früher versucht haben. Wir haben bereits vor einigen

Monaten darauf hingewiesen, daß wir in den Besitz eines als „streng vertraulich“ bezeichneten Berichts der Hauptversammlung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken sind. In dieser Sitzung, die am 30. Juni 1919 in Leipzig stattfand, erklärte der Vorsitzende des Vereins, Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. Joh. G. Reineker:

„So sind wir denn in den Zustand der Verzweiflung geraten, daß wir unsere Hoffnung auf die Einmischung unserer Feinde in unser inneres Getriebe setzen müssen. Von ihnen hoffen wir, daß sie der Schandwirtschaft im Reiche ein Ende bereiten, nicht aus Liebe zu uns, sondern aus ihren eigenen Interessen. Sie werden dahin wirken müssen, daß die Vergütung von Geldern ein Ende erreicht, damit ihnen die Ersparnisse zugute kommen, sie werden der Vergütung von Arbeitskraft, die sich in Streiks und ähnlichen Dingen äußert, entgegenzutreten müssen, damit wieder Werte geschaffen werden.“

Vergleicht man die programmatischen Äußerungen des Herrn Reineker mit dem hochverräterischen Plan der Stinnesgruppe, so findet man, daß die Beweggründe der kapitalistischen Hyänen genau dieselben geblieben sind, wie im Juni 1919. Damals wie jetzt lehnt man die französischen Sklavenzüge herbei, um der „Schandwirtschaft“ im Reiche ein Ende zu bereiten, und man bietet großmütig dem Feinde die „Ersparnisse“ an, die man mit Hilfe längerer Arbeitszeit und geringerer Löhne gemeinsam aus dem arbeitenden Volke herauspressen will. Wenn ein Unterschied gegenüber dem Jahre 1919 zu verzeichnen ist, so ist es vielleicht nur der, daß die kapitalistischen Konzerne jetzt noch mit größerer Strupellosigkeit zu Werke gehen, als im ersten Jahr der Revolution, wo in den Massen eine größere Geschlossenheit und Kampfesfreudigkeit vorhanden war. Um so mehr Veranlassung haben nun alle politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sich zu einer einheitlichen Front gegen ihren Hauptfeind, die kapitalistische Bourgeoisie, zusammenzuschließen. Um so mehr Veranlassung haben sie auch, mit aller Entschiedenheit jenen Plänen entgegenzutreten, die darauf hinauslaufen, die politischen Vertreter der Schwerindustrie, die Deutsche Volkspartei, durch eine Hintertür in das neue Kabinett hineinzuschmuggeln.

Das georgische Proletariat gegen die kommunistische Okkupation

Es gab keinen Angriff Sowjetrußlands auf die georgische Republik, es gab keine Okkupation Georgiens durch die russische Rote Armee. Der Zustand der „georgischen Arbeiter und Bauern“ war es, der die „sozial-verräterische“ Regierung Jordaniens stürzte und zur Errichtung der georgischen Sowjetrepublik führte!

So lamentierten in allen Tonarten die kommunistischen Soldatenscheißer aller Länder, als das sozialistische Proletariat Westeuropas gegen den unerhörten Raubangriff der Leninischen Regierung auf Georgien sein Stimmchen erhob.

In Georgien selbst und in Rußland wußte man es anders. In Batum wurde eine Instruktion veröffentlicht, die von der russischen Regierung an die Besatzungsarmee gerichtet war. Darin hieß es, daß die russische Rote Armee in Georgien so lange bleiben müsse, bis die neue Ordnung befestigt sei.

Die neue georgische Regierung waktet nun unter dem Schutze dieser Besatzungsarmee ihres Amtes. Sie hat ihre Tätigkeit damit begonnen, daß sie eine „umfassende Amnestie“ für diejenigen proklamierte, die sich dem Einmarsch der Eroberer widersetzt haben. Später wurde der Amnestieerlass infolgedessen eingeschränkt, daß die gefährlichsten Mitglieder der alten georgischen Regierung mit Jordania an der Spitze als „außerhalb des Gesetzes“ stehend erklärt wurden.

Zur Charakteristik der Jesuiten-Moral, die bei den Bolschewisten herrscht, sei hier erwähnt, daß einige Tage vor dem Einbruch der Roten Armee in Georgien, als Tiflis die Anerkennung der Republik durch den Völkerverbund feierte, kein geringerer als der Bolschewist der russischen Sowjetregierung, Herr Scheinmann, der gegenwärtig in Berlin weilt, um mit der deutschen Regierung zu verhandeln, der georgischen Regierung die Glückwünsche der Moskauer Regierung zu diesem Ereignis überbrachte! Und auf dem festlichen Bankett, das die

georgischen Minister damals veranstalteten, wandte sich der Stellvertreter Scheinmanns, Herr Kawtaradze, an den Genossen Jordania, den Chef der georgischen Regierung und gleichzeitig Vorsitzenden der georgischen Sozialdemokratie, mit der Rede: „Unser teuerer Genosse und Lehrer!“

Die georgische Arbeiterregierung hat ursprünglich der Sozialdemokratie die Herausgabe einer Zeitung in Tiflis gestattet. Aber schon nach ihrer zweiten Nummer wurde diese Zeitung von der Okkupationsregierung verboten. Auch das Organ der Gewerkschaften in Batum „Batumskaja Schion“ ist verboten worden.

Die Antwort der georgischen Arbeiter auf diese Maßregelungen und auf das ganze schamlose Unternehmen der „Importierung“ der kommunistischen Diktatur war praktisch. Als die Okkupationsregierung die Wahlen für den Tifliser Arbeiterrat festsetzte, gaben die Proletarier von Tiflis 86 Prozent der Stimmen für die Sozialdemokratische (menschenwristische) Partei ab.

Wer zweifelt nun noch daran, daß die neue bolschewistische Regierung „Sowjet-Georgiens“ den Willen des georgischen Proletariats verkörpert?

Russisch-polnische Beziehungen

Respektwürdige Diplomatie

CC. Warschau, 13. Mai.

In der ersten Sitzung der gemischten russisch-polnischen Delegation erklärte der Vertreter Sowjetrußlands, Ignatow, die polnische Regierung müsse den Kurs eines größeren Vertrauens zu Sowjetrußland einschlagen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Sowjetregierung die einzige russische Regierung sei, die Polen bei den Friedensverhandlungen so weit entgegenkommen könnte. Keine andere russische Regierung, die nach der Sowjetregierung ans Ruder kommen könnte, würde die Bestimmungen des Rigauer Friedensvertrages anerkennen.

Die Entschädigungsfrage für die verdrängten Ostdeutschen sollen jetzt vom Ministerium des Innern schneller erledigt werden. Die Feststellungsausschüsse sind angewiesen worden, die Gesuche des Gläubigers zu bearbeiten, sie haben auch schon in erheblichem Umfang Beihilfen und Unterstützungen ausgezahlt.

Groß-Berlin

Eigenartige Zustände im Barackenlager Wlindorf

Die Presse beschäftigte sich mehrmals schon mit dem Barackenlager Wlindorf, ohne aber dabei den Kern der Sache zu erfassen und festzustellen, was dort vorgeht. Wir sind jetzt in der Lage, einwandfreie Mitteilungen über Zustände zu machen, welche dringend der Abstellung bedürfen. Es sei daher auf nachstehendes hingewiesen:

Im Barackenlager befinden sich nur deutsche Flüchtlinge. An dieselben wird von Seiten der Lagerverwaltung Arbeit vermittelt und sie sind gezwungen, die vermittelte Arbeit anzunehmen, ganz gleich, ob sie ihnen zusagt oder nicht.

Eine Familie Zipf, bestehend aus Mutter und drei erwachsenen Söhnen, wovon der eine verheiratet ist, waren im Lager untergebracht. Zwei der Brüder Zipf waren in einer Lacksfabrik beschäftigt und bekamen den Auftrag, diese Arbeit dort aufzugeben und Arbeit bei einem Bauern anzunehmen. Da die Brüder durch frühere Beschäftigung bei einem Bauern schlechte Erfahrungen gemacht hatten, da sie dort schlecht behandelt und verprügelt waren, lehnten sie dieses Ansuchen ab. Die Lagerverwaltung drohte, sie des Lagers zu verweisen. Nun erklärten sie sich bereit, die Arbeit anzunehmen, wenn es ihnen erlaubt würde, ihre alte Mutter mitzunehmen; da ihnen dieses verweigert wurde, lehnten sie die Annahme der Arbeit ab. Der Wachmeister erklärte ihnen, daß sie danach das Lager zu verlassen haben. Der eine der Brüder fragte nach dem Grund und sagte, er sei doch kein Verbrecher. Daraufhin heßte der Wachmeister denselben mit den Händen vom Lager.

Ueber diesen Vorgang erregten sich die Lagerinsassen und tauschten ihre Meinungen unter sich aus. Die bemerkbare Unruhe veranlaßte den Lagerkommandanten, die in der Nähe stationierte Sipso anzurufen, die dann mit Maschinenwaffen verhaftet und abgeführt. Kurze Zeit darauf wurde der letzte der drei Brüder Zipf, nebst Frau nach Jossen bestellt, angeblich zur Zeugenvernehmung. Von dieser Vernehmung sind beide nicht mehr zurückgekehrt! Ueber den Verbleib der beiden Brüder Zipf, der Frau Zipf und dem Lagerinsassen Kwigalschewsky konnte keinerlei Auskunft erlangt werden, trotzdem sich die Lagerinsassen beim Gericht in Jossen und beim Lagerkommandanten auf das Lebhafteste bemühten.

Der vom Lager geführte Zipf irrte obdachlos außerhalb des Lagers umher, da er nicht instande ist, Unterkunft oder Arbeit zu bekommen, weil ihm die Lagerverwaltung keine Papiere ausgestellt hat, weder russische noch deutsche. Rithin ist derselbe vogelfrei und lebt nur von den milden Gaben, welche ihm die Lagerinsassen zukommen lassen.

Wir verlangen restlos Aufklärung dieses Vorfalles und Auskunft über den Verbleib der fünf Personen, sowie Bestrafung der Schuldigen.

Um die Ungültigkeit der Stadtverordnetenwahl

Bekanntlich hatte der Bezirksausschuß die letzte Berliner Stadtverordnetenwahl als ungültig erklärt. Dagegen hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung durch den Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld Berufung eingelegt. Ueber diesen Einspruch findet nun am 16. Juni Termin vor dem Oberverwaltungsgericht statt. Die Berufung der Stadtverordnetenversammlung hat jetzt eine erhebliche Stütze erfahren durch ein Gutachten, das der Oberregierungsrat v. Duhig erstattet hat, der die Unhaltbarkeit der Entscheidung des Bezirksausschusses nachweist.

Ein neuer elektrischer Personenzug

Auf der elektrischen Vorortbahn Berlin-Großlichterfelde (GR) verkehrt seit gestern vormittag ein Probegzug, um die praktische Verwendbarkeit eines neuartigen Trieb- und Personenzugens festzustellen. Schon äußerlich unterscheiden sich die neuen Wagen von den üblichen Stadtbahnwagen durch den Fortfall der gewöhnlichen Drehstürze; an ihrer Stelle sind auf jeder Seite des Wagens drei Schiebetüren angeordnet. Das Innere der Wagen ist nicht mehr in einzelne Abteile gegliedert, sondern bildet wie bei den Straßenbahnwagen einen großen Raum, in dem die mit halbhöher Rückenlehne versehenen Sitzbänke quer zum Wagen aufgestellt sind. Ein durchgehender Quergang ist nicht vorhanden, da die Sitzbänke abwechselnd an die eine oder die andere Seitenwand des Wagens angeklippt sind.

Der große Innenraum weist 41 Sitzplätze und etwa 80 Stehplätze auf, so daß das gesamte Fahrzeugvermögen derartiger Wagen etwas größer ist als bei den gewöhnlichen Stadtbahnwagen. Die jetzt auf dieser Strecke laufenden Probewagen waren ursprünglich für den Verkehr auf der A.-E.-G.-Schnellbahn Gumbdrennen-Kentän bestimmt, sind aber von der Eisenbahn-

ders bewegen, wird aber gezwungen, einen ihm wesensfremden Rhythmus nachzumachen. So kommt eine spürbare Zwiespältigkeit in den sich Bewegenden. Körperlichkeit und Geistigkeit sind gegeneinander angespannt. Das Moment des Geistes ist sehr stark, und ganz logisch führt das zu ähnlichen Illustrierenden „Ausdrucksgebilden“ wie bei Mallers rhythmischen Bildgestalten, das ja auch die Musik heranzieht.

Dagegen ist die Schule Rhoden-Langgaard, deren Vorführungen den Tag wunderbar beschaffen, streng sachlich aufgebaut auf den Funktionen des Körpers. Der Körper ist das A und das O. Aus seinen Gesetzen wird die Arbeit entwickelt. Alle „künstlerischen“, ästhetisierenden und „feelinghaften“ Ausdrucksformen werden fern gehalten. Und es ist ganz herrlich zu sehen, wie rein, wie freudig und wie überaus sich gerade deshalb die Bewegungen der Körper entwickeln. Aber keineswegs ist der Wert der Schulung damit erschöpft, daß sie den Menschen zu einer schönen Beweglichkeit seines Körpers erzieht. Es handelt sich hier nicht um Dinge, die man als reine Körperangelegenheit abstampfen könnte. Hier lauscht der musikalische Sinn nicht nach außen auf den Takt einer Musik und läßt den Körper nach ihm marschieren, sondern Geist und Körper spielen nach einem ursprünglichen Rhythmus von Selbstbeziehung und Selbstbefreiung miteinander. Der Geist wird Körper, wie der Körper Geist; und wie der Körper zum trohen, dankbaren Bewußtsein seiner selbst gelangt, so der Geist zum unmittelbaren Gefühl seiner Einfachheit, Weltlichkeit und Allverbundenheit. Ein freudiger Optimismus entsteht, womit ich freilich nicht den Wald-, Weg- und Wiesenoptimismus der kleinen Denker meine, sondern das spürbare Vertrauen, daß ein Mensch, der an sich selbst das Grundgesetz der Welt, die Einheit, erfahren hat, sich frei dem großen Grundgesetz der Welt einfügen wird. In dem Zusammenspielen der SchülerInnen war nichts verdrängt. Jede überließ sich ganz nur ihrem Rhythmus. Aber da es wirklich Rhythmus zusammen — ohne irgend etwas „vorzustellen“, auch nicht Gefühl! Hier war zwischen spontaner Aktivität und Disziplin kein Widerstreit mehr!

Ich bin überzeugt, daß sich der Wert einer solchen Schulung aller Kinder sehr bald auch im Geistesleben bewiesen würde. Kenntnisse sind das zweite. Erste Aufgabe aller Pädagogik ist, Menschen zu bilden. Der erste Schritt dazu: Befreiung des Willens. Und am tiefsten wird die Macht des Willens jeder erleben an sich selbst und dabei spüren, daß nichts so sehr aufnahmefähig macht für alle Dinge, wie die Disziplinierung des Willens.

Diese Vorführungen enthielten die entscheidenden Lehren des Tages; sie waren die überzeugendste Abfertigung alles Dilettanzens mit dem Kinde.

Das Eintrittsgeld an den Berliner Museen neu geregelt

Das Eintrittsgeld bei den Berliner Museen, dessen Einführung so viel Staub aufgewirbelt hat, ist nun neu geregelt worden, und die in der Öffentlichkeit geäußerten Wünsche haben, wenigstens zum Teil, dabei Berücksichtigung gefunden. Jedes Berliner Museum wird nunmehr an drei Tagen in der Woche unentgeltlich zugänglich sein, am Sonntag und an zwei Werktagen. Und zwar wird an jedem Tage ein Museum unentgeltlich zugänglich sein, so daß niemand wegen des Eintrittsgeldes umzukehren braucht, sondern, wenn er nichts bezahlen will, in ein benachbartes Museum gehen kann. Das Kaiser-Friedrich-Museum ist fortan am Mittwoch und Freitag frei zugänglich, das Alte und Neue Museum für Völkerkunde am Montag und Donnerstag, die Sammlung für deutsche Volkskunde in der Klosterstraße und das Zeughaus an den gleichen Tagen. Die freien Tage in dem alten Hause der Nationalgalerie sind Freitag und Sonntag, in ihrer neuen Abteilung im Kronprinzenpalais Dienstag und Mittwoch. Während alle diese Museen am Sonntag weiter ohne Entgelt offen stehen, will man für das in diesem Sommer zu eröffnende Schloßmuseum Sonntag 1 M. erheben, um dort den Zutritt der Besucher fürs erste etwas zu beschränken, da das den Fußboden usw. abträglich sein könnte. Dafür wird im Schloß der Mittwoch frei bleiben. Für Studierende der Hochschulen und Kunstlehrer, ferner für berufliche Interessenten, Wissenschaftler, Künstler, Kunstgewerber usw., werden Semesterr- und Jahreskarten zu 10 und 20 M. ausgeben. Führungen in den Museen für Vorkursbildungsinstitute usw. können auch weiter am Sonntag und nach Schluß der Besuchszeit, soweit dafür Aufsichtspersonal zur Verfügung steht, unentgeltlich stattfinden. Diese Regelung bedeutet einen Fortschritt, nur hätte die Direktion der Museen tatsächlich dafür zu sorgen, daß genügendes Aufsichtspersonal zur Verfügung steht.

Tages-Notizen

- Schülerführungen. Romblinhaus: 17. Der Monch Engel. — Schiller-Tage: 17. Die verurteilte Frau. — Triana: 18. Am Teufel. — St. Pauli: 19. Der Knecht Rupprecht. — 19. Der Knecht Rupprecht. — 19. Der Knecht Rupprecht.
- Zeitschriften. Der Verband freier Bühnenkünstler hat das Mallesche Theater für den Monat Mai für sämtliche Nachmittagsvorstellungen gepachtet. Die weiteren Vorstellungen von Goethe. — Die Gartenbesucher im Kgl. Theater beginnen Sonntag. — Die Gartenbesucher im Kgl. Theater beginnen Sonntag. — Die Gartenbesucher im Kgl. Theater beginnen Sonntag.
- Veranstaltungen. Der Verband freier Bühnenkünstler hat das Mallesche Theater für den Monat Mai für sämtliche Nachmittagsvorstellungen gepachtet. Die weiteren Vorstellungen von Goethe. — Die Gartenbesucher im Kgl. Theater beginnen Sonntag. — Die Gartenbesucher im Kgl. Theater beginnen Sonntag.
- Schülerführungen. Romblinhaus: 17. Der Monch Engel. — Schiller-Tage: 17. Die verurteilte Frau. — Triana: 18. Am Teufel. — St. Pauli: 19. Der Knecht Rupprecht. — 19. Der Knecht Rupprecht. — 19. Der Knecht Rupprecht.

